



3. Roma-Statusbericht

Entwicklung der Zuzüge von EU- Unionsbürgern aus Südosteuropa

Berlin Æ Neukölln

März 2013



Herausgeber:
Bezirksamt Neukölln von Berlin
Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport
Karl-Marx-Straße 83
12040 Berlin

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. Vorbemerkung	3
2. Ansprechpartner	4
3. Ausgangslage	5
4. Problemkreise und Grenzen kommunaler Einflussnahme	6
- A. Meldewesen	6
- B. Lebensunterhalt	7
- C. Bildungsbereich	11
- D. Gesundheitsbereich	14
- E. Wohnsituation	15
- F. Sozialer Friede	17
5. Lösungsansätze und Maßnahmen	18
- I. Projekte auf europäischer Ebene	18
- II. Projekte auf Landesebene	20
- III. Projekte auf bezirklicher Ebene	23
- IV. Weitere Aktive im Bezirk Neukölln	25
6. Fazit und Ausblick	27

Anhang:

Engagierte NGOs und Roma-Selbstorganisationen in Berlin-Neukölln

Quelle des Titelbildes:

Das Foto zeigt Schülerinnen und Schüler aus der Willkommensklasse der Hermann-von-Helmholtz-Schule, die 2012 im Rahmen eines mit EU-Mitteln geförderten Fotoprojektes „Die Stadt in meinen Augen“ eine Fotoausstellung ihres Lebens als Neuankömmlinge in Berlin erstellt haben. (Projekträger: Joscha Remus)

1. VORBEMERKUNG

Dieser Statusbericht konzentriert sich bezogen auf den Bezirk Berlin . Neukölln auf Entwicklungen, die sich in Berlin, Deutschland und Westeuropa im Zuge einer Armutswanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten hauptsächlich aus Bulgarien, Rumänien seit dem Beitritt im Jahr 2007 abzeichnen.

Die Dokumentation erhebt nicht den Anspruch einer wissenschaftlichen Arbeit, sondern eines **Berichtes aus der praktischen Tätigkeit vor Ort** . gesammelten Informationen der Mitarbeiter/innen der Dienststellen Neuköllns, freien Trägern und Situationsberichten Betroffener. Ziel ist, gebündelt Auskunft über die auftretenden Stolpersteine durch die verstärkten Zuzüge von Unionsbürger/innen aus den neuen Beitrittsländern der EU nach Neukölln zu geben.

Überwiegend leben in Neukölln Rumänen und Bulgaren; nur zu einem geringen Anteil sind es Familien aus Polen oder Ex-Jugoslawien, diese leben teilweise auch schon mehrere Jahre im Bezirk und haben auch einen anderen rechtlichen Status. Dies verhält sich anders z.B. im Bezirk Mitte von Berlin, wo auch sehr viele Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien oder im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, wo polnische Roma leben. Der überwiegende Anteil der zugewanderten Familien gehört der Ethnie der Roma an. Es gibt immer wieder fachliche Diskussionen, wie die Zielgruppe bezeichnet werden sollte. Verallgemeinerungen verzerren die Problemlage, denn Rumänen/Bulgaren/Polen etc. haben nicht per sé diese Schwierigkeiten - und konkrete Bezeichnungen können wiederum stigmatisieren. Der Herausgeber wählt . trotz kontroverser Meinungen . die Bezeichnung Roma. Deutlich wird aber betont, dass es sich hier um EU-Unionsbürger und Neu-Neuköllner handelt.

Im Zuge der Vertiefung des Themas gibt es Hinweise von Fachleuten, die die Wanderungsbewegung in die Westeuropäischen Länder im Überblick verfolgen, dass der prozentuale Anteil der hinzugezogenen Rumänen, die der Minderheit der Roma entstammen, im Verhältnis der ebenfalls ausgewanderten Rumänen die Verhältnismäßigkeit des Heimatlandes spiegelt. Aus den unterschiedlichen Arbeitsebenen, in denen der Bezirk bundesweit aktiv ist, wird deutlich, dass es in einigen Städten Deutschlands ebenso eine Armutswanderung von Rumänen und Bulgaren gibt, die keinen Roma-Hintergrund haben. Gleichwohl muss für Neukölln festgehalten werden, dass ein großer Anteil der Rumänen und Bulgaren im Bezirk, der Minderheit der Roma zugerechnet werden kann. Es scheint also neben der Gesamtzahl der ausgewanderten Rumänen und Bulgaren doch zu einer örtlichen Konzentration von Roma zu kommen. Dies kann sehr unterschiedliche Gründe haben wie z.B. Familienzugehörigkeit, Wanderung von Dorfgemeinschaften oder auch Vermieter, die in bestimmten Bezirksregionen speziell an Roma vermieten. Insofern muss bei der Diskussion auf Bundes- bzw. europäischer Ebene nicht allein auf die Zugehörigkeit der Ethnie abgezielt werden, sondern konkret auf die **Armutswanderung** aus den Südosteuropäischen Mitgliedsstaaten.

Ganz aus dem Blick darf die Diskussion zur Inklusion der größten europäischen Minderheit aber auch nicht geraten, denn Themen wie Antiziganismus sind noch nicht ausreichend in der Gesellschaft bearbeitet worden . so kann sich eine gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung in den Heimatländern in Deutschland fortsetzen.

Das Bezirksamt Neukölln beabsichtigt, mit diesem bereits 3. Roma-Statusbericht **gebündelt Informationen über die Lebensumstände einer Gruppe von EU-Bürgern aufzubereiten, sachlich und neutral** ohne zu stigmatisieren, aber mit dem Ziel, **Problem- und Bedarfslagen** klar zu benennen und auch **Entwicklungsverläufe in den letzten 3 Jahren darzustellen**.

Für den 3. Roma-Statusbericht sind die Arbeitsergebnisse der im Jahr 2011 gegründeten AG Roma des Bezirks Neukölln und die Hinweise der in Neukölln ansässigen Roma-Selbstorganisation Amaro Foro eingeflossen. Verantwortlich für den Inhalt ist das Bezirksamt Neukölln von Berlin als Herausgeber.

2. ANSPRECHPARTNER

Das Bezirksamt Neukölln hat im Juni 2011 festgelegt, dass die Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport federführend die Aktivitäten des Bezirks zur Integration der neu zugewanderten Unionsbürger aus den neuen EU-Beitrittsländern in Neukölln koordinieren soll.

Die politische Verantwortung liegt somit bei der **Bezirksstadträtin für Bildung, Schule, Kultur und Sport:**

Frau Dr. Franziska Giffey

Postanschrift: Karl-Marx-Straße 83, 12040 Berlin

Dienstgebäude: Raum A2.23, Boddinstraße 34, 12043 Berlin

Tel.: 030-90239-2230

franziska.giffey@bezirksamt-neukoelln.de

Ansprechpartnerin für die Koordination im Bezirk und die Zusammenarbeit mit der Landesebene in der federführenden Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport ist die **Neuköllner Europabeauftragte:**

Frau Cordula Simon

Postanschrift: Karl-Marx-Straße 83, 12040 Berlin

Dienstgebäude: Raum A2.20, Boddinstraße 34, 12043 Berlin

Tel.: 030-90239-2592

europa@bezirksamt-neukoelln.de

Darüber hinaus ist der **Neuköllner Migrationsbeauftragte** Ansprechpartner für allgemeine Fragen zu Sinti und Roma und zu Unionsbürgern aus den neuen Beitrittsländern in Neukölln:

Herr Arnold Mengelkoch

Karl-Marx-Straße 83, 12040 Berlin

Tel.: 030-90239-2951

migrationsbeauftragter@bezirksamt-neukoelln.de

3. AUSGANGSLAGE

Der Berliner Bezirk Neukölln hat etwa 315.652 Einwohner (Stand 30.06.2012; Quelle Amt für Statistik Berlin-Brandenburg), davon haben 128.359 Bürgerinnen und Bürger, also 40,6 % einen Migrationshintergrund. Der Anteil von Ausländern liegt bei rd. 22 % (Stand 30.06.2012; Quelle Amt für Statistik Berlin-Brandenburg). Neukölln ist damit wie kein anderer Berliner Bezirk von Zuwanderung geprägt. In einigen nördlichen Gebieten des Bezirks liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei über 65 %, in mehreren Schulen bei über 90 %.

Seit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur Europäischen Union gibt es im Norden Neuköllns einen wachsenden Zuzug von Unionsbürgern aus den neuen Beitrittsländern - Familien, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu u. a. unterschiedlichen Religionen, Nationalitäten und sozialen Schichten eine ethnisch sehr heterogene Gruppe bilden. In dieser Diversität liegt die besondere Herausforderung für alle beratenden und unterstützenden Bereiche.

Die Familien organisieren ihre Lebensweise und Kultur überwiegend in ihren bekannten Sozialstrukturen. Sie haben sprachlich und aus eigenen oder geschichtlich bedingten Erfahrungen herrührend große Hemmnisse, Vorbehalte oder ein tief verwurzelt Misstrauen in Bezug auf die Inanspruchnahme von staatlichen Angeboten. Dies betrifft auch Angebote, die sie in ihren Rechten gegenüber Dritten unterstützen könnten. Gleichzeitig haben die meisten den Wunsch nach einem dauerhaften Aufenthalt in Deutschland.

Die anfänglichen Zuzugsbewegungen 2007 / 2008 wurden als temporär auf die Sommersaison beschränkte Aufenthalte wahrgenommen, in denen eine Zunahme von Unionsbürgern aus den neuen Beitrittsländern im öffentlichen Straßenbild zu beobachten war. Die ersten Schwierigkeiten traten im Sommer 2008 in der Neuköllner High-Deck-Siedlung mit überbelegten Wohnungen durch Saisonarbeiter auf. Da es hier nur zwei große Vermieter und ein engagiertes Quartiersmanagement gibt, konnten die Schwierigkeiten für den sozialen Frieden in der Region mit den Familien, die dauerhaft hier bleiben wollten, einvernehmlich gelöst werden. Punktuell befassten sich die Betroffenen in den Quartieren, die aus Mitteln des EU-Bund-Länder Programms „Soziale Stadt“ gefördert wurden, mit dieser Zielgruppe. Da ein Großteil jedoch nicht angemeldet war und auch wieder weiter wanderte oder sich auch erst später melderechtlich registrieren ließ, wurde die zunehmende Zuzugswelle von Bleibewilligen anfänglich nicht erkannt.

Der darauf folgende Wechsel zwischen den weiterhin in andere Berliner Bezirke, deutsche Städte oder EU-Länder migrierenden EU-Bürgern und denen, die dauerhaft ihren Wohnsitz in Berlin-Neukölln wünschen, verlief fließend. Seit 2009 / 2010 kann nicht mehr von einer „Pendelmigration“ ausgegangen werden, die sich auf begrenzte Zeiträume beschränkt. Es handelt sich um eine Wanderungsbewegung hin zu besseren Lebensverhältnissen, um sich dauerhaft in Deutschland niederzulassen.

4. PROBLEMKREISE UND GRENZEN BEZIRKLICHER EINFLUSSNAHME

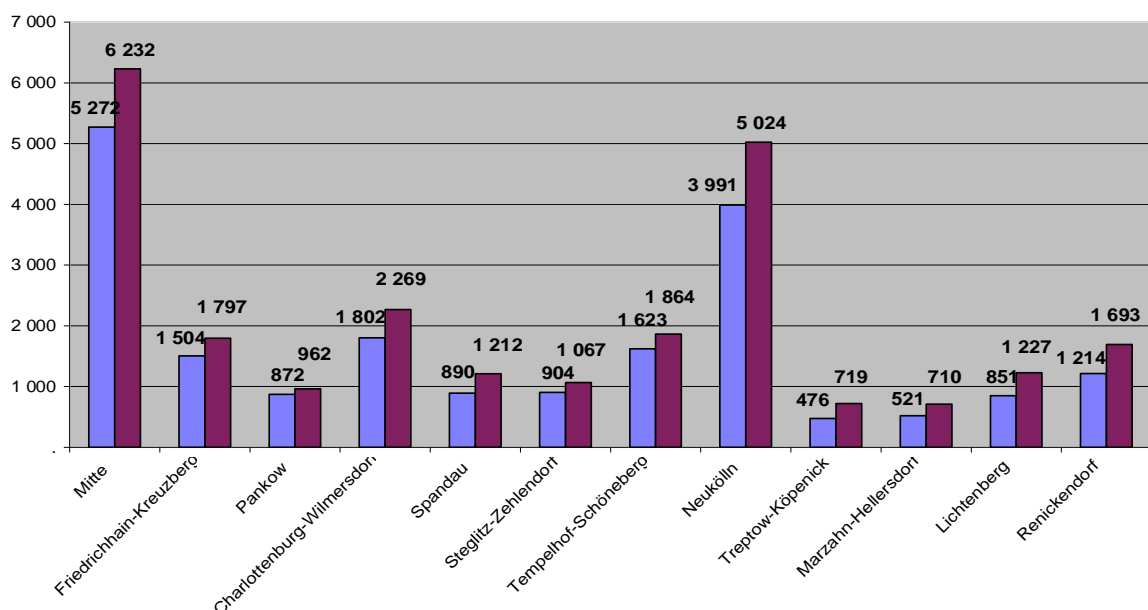
Im Bezirk Neukölln und auch in anderen Berliner Bezirken und deutschen Städten zeichnen sich mehrere Problemfelder ab, die den Umgang mit den steigenden Zuzugszahlen aus Südosteuropa auf lokaler Ebene prägen. Im Folgenden wird auf das Meldewesen, den Lebensunterhalt bzw. die Nutzung von Sozialleistungen, den Bildungsbereich, den Gesundheitsbereich, die Wohnsituation und die Sicherung des sozialen Friedens in Gebieten mit hoher Zuzugsdichte eingegangen.

A. Meldewesen

Eine grundsätzliche Frage, die nur unzureichend beantwortet werden kann, ist die Frage nach der Anzahl der Menschen, die zuwandern und sich dauerhaft niederlassen. Nach der Änderung des Meldegesetzes vor einigen Jahren ist eine Anmeldung auch ohne Unterschrift des Vermieters bzw. Mietvertrag möglich. Dies führt dazu, dass bei einzelnen Häusern rein melderechtlich sehr viel mehr Personen angemeldet sind, als dort wirklich wohnen können. Dem Bezirksamt sind Fälle bekannt, bei denen die Möglichkeit, sich bei jemandem anzumelden für 300 Euro gekauft wurde. Auch die Überbelegung von Wohnungen und das Leben in sehr beengten Verhältnissen sind keine Seltenheit. Trotz des erleichterten Meldewesens sind nicht alle in Neukölln lebenden Rumänen und Bulgaren auch melderechtlich erfasst. Dies ist für die Beschreibung der Problemlage bzw. Ermittlung des notwendigen Unterstützungsbedarfes hinderlich.

Deshalb lassen sich auf der Grundlage der Einwohnerstatistik auch keine genauen Zahlenangaben zu den in Berlin gemeldeten Roma mit ausländischer Staatsbürgerschaft machen.

Die Anzahl der melderechtlich registrierten Bulgaren und Rumänen in den Berliner Bezirken 2011 und 2012



Insgesamt hat sich die Zahl der gemeldeten Rumänen und Bulgaren in Berlin von 19.920 in 2011 auf 24.776 Personen in 2012 erhöht.

Datenquelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Diese Zahlen bieten nur einen Anhaltspunkt über das absolute Minimum der sich hier aufhaltenden Personen. Das Bezirksamt Neukölln rechnet mit einer weitaus höheren Zahl, weil davon auszugehen ist, dass viele Zugezogene nicht formal gemeldet sind.

Ausgehend von den inzwischen über 3.000 Gewerbeanmeldungen bulgarischer und rumänischer „Unternehmer“ im Bezirk und den über 800 Schülerinnen und Schülern aus Südosteuropa an Neuköllner Schulen, nimmt das Bezirksamt an, dass allein in Neukölln über 10.000 Menschen aus Bulgarien und Rumänien leben.

B. Lebensunterhalt

Nur wenige der neu Zugewanderten können mit einer EU-Arbeitsgenehmigung einer abhängigen Beschäftigung nachgehen. Die Anforderungen an die Erteilung dieser sind so hoch, dass nur in wenigen Ausnahmefällen Rumänen oder Bulgaren diese erlangen. Viele nutzen aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeitsbeschränkungen bis zum 31.12.2013 eine Regelungslücke und melden ein - nur anzeigepflichtiges - Gewerbe an. Sie üben dann dieses Gewerbe aus - oft sind sie Subunternehmer oder Scheinselbstständige. In anderen Städten wurde die Anmeldung von Gewerben erheblich erschwert, was allerdings nicht dazu führte, dass die Zuzüge zurückgingen, sondern vermutlich nur die Schwarzarbeit zunahm.

Zwar gibt es nach dem Bundessozialhilfegesetz die Möglichkeit für Selbstständige für einen Zeitraum beim Jobcenter aufstockende Leistungen zu beziehen, um sich selbst bzw. die Familie zu ernähren. Allerdings kann für Neukölln davon ausgegangen werden, dass nur etwa ein Drittel der hier lebenden Bulgaren und Rumänen Leistungen nach dem SGB II beziehen.

Die Daten aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Juli 2012 belegen dies:

Rumänen

Zum 30.06.2012 waren in Neukölln 1.849 Rumänen gemeldet. Davon befanden sich 594 Personen, also 32 % im Leistungsbezug. Von den 594 Personen waren 305 erwerbsfähig und 289 nicht erwerbsfähig, also Kinder unter 16 Jahren und Frauen im Mutterschutz. Es handelt sich hierbei also um viele kinderreiche Familien.

Bulgaren

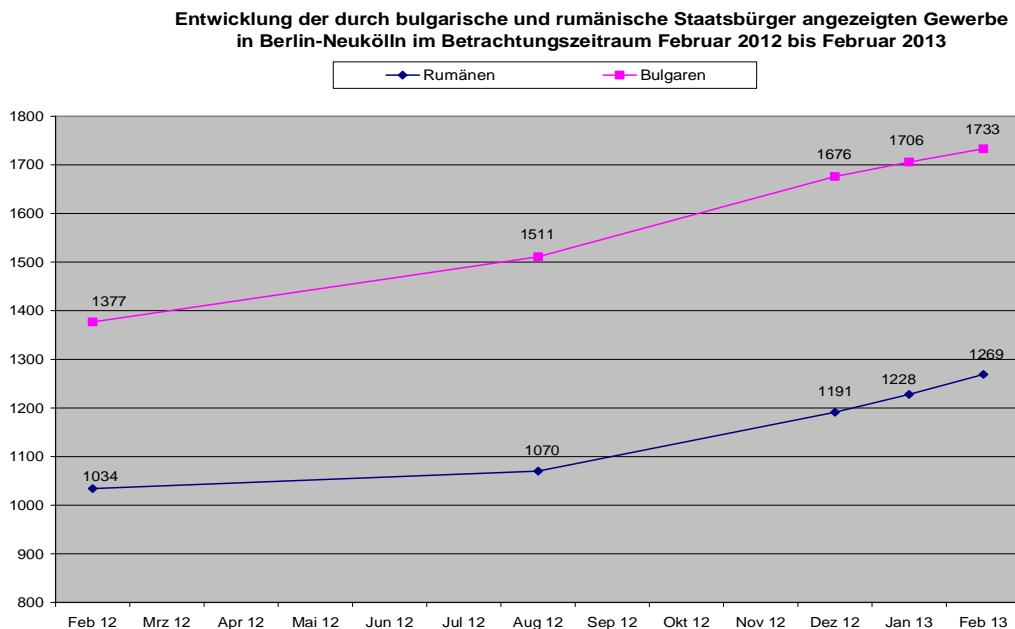
Zum 30.06.2012 waren in Neukölln 2.695 Bulgaren gemeldet. Davon befanden sich 617, also 23 % im Leistungsbezug. Von den 617 Personen waren 463 erwerbsfähig und 154 nicht erwerbsfähig, also Kinder unter 16 Jahren und Frauen im Mutterschutz.

Es mag einerseits daran liegen, dass die Nachweispflichten sehr hoch sind und daher rein objektiv nur schwer erfüllbar sind, sodass der formal bestehende Anspruch nicht durchgesetzt werden kann. Es wird aber auch Personen geben, die den Antrag überhaupt nicht stellen. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass viele Familien von dem Einkommen als Selbstständiger und vom Kindergeld leben.

Nach Kenntnis des Bezirks ist bei der selbständigen Arbeit dieser „Unternehmer“ von Stundensätzen von 3 bis 4 Euro auszugehen. Aus der fehlenden staatlichen „Anerkennung“ als „hilfebedürftig“ bzw. „einkommensschwach“ ergeben sich schwerwiegende Folgeprobleme für die Kommune, auf die im späteren Verlauf noch eingegangen wird.

Bei der Zunahme der Zuzüge ist jedoch realistisch einschätzbar, dass die Anzahl der leistungsbeziehenden Rumänen und Bulgaren auch steigen wird.

Eine Datenerhebung des Gewerbeamtes des Bezirks Neukölln zum 31.12.2012 hat ergeben, dass es in Neukölln zu diesem Zeitpunkt 2.867 bulgarische und rumänische Gewerbetreibende gab. Ein Trend der weiteren Zunahme ist aber deutlich erkennbar. Am 20.02.2013 waren insgesamt **3.002 bulgarische und rumänische Gewerbe in Neukölln** gemeldet. Es handelt sich um Tätigkeiten im Bau- und Abrissbereich, im Reinigungs- und Transportgewerbe und in der Gastronomie.



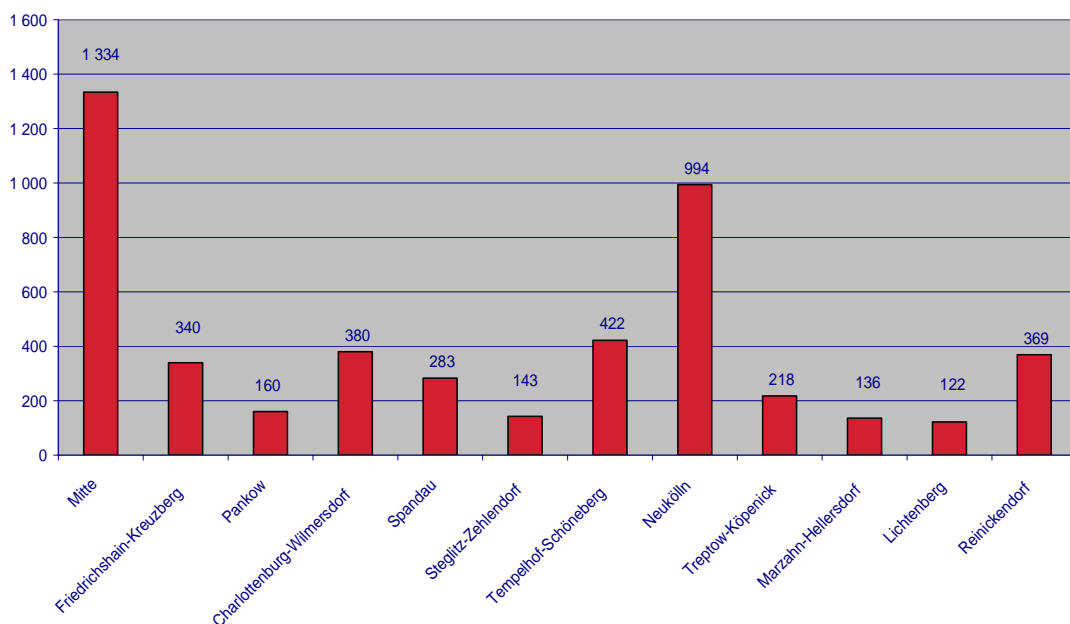
Diese Zahl gibt aber noch keinen Hinweis auf eine ethnische Zugehörigkeit. Ein Großteil der Gewerbeanmeldungen konzentriert sich auf wenige Wohngebiete im Bezirk. Diese auffällige Häufung von Gewerbeanmeldungen hat das Ordnungsamt Neukölln im Sommer 2012 zum Anlass genommen, diese Gewerbeanschriften pflichtgemäß auf deren Aktualität hin zu überprüfen. Dabei konnte festgestellt werden, dass in 367 Fällen der Verantwortliche unter der Anschrift nicht mehr tätig ist bzw. nicht mehr ermittelt werden konnte. Eine Abmeldung von Amtswegen ist erfolgt. Trotz der Aktualisierung der Datenbestände haben sich im gleichen Zeitraum die absoluten Zahlen um 170 erhöht. Insgesamt gibt es hier eine hohe Fluktuation und wohl auch eine Wanderungsbewegung zwischen den Bezirken oder auch anderen deutschen Städten und Kommunen. Beim Gewerbeamt Neukölln waren in Neukölln bereits insgesamt 2.809 bulgarische Gewerbetreibende und 1.747 rumänische Gewerbetreibende absolut gemeldet.

Dies bedeutet eine Fluktuationsrate von 38,3% bei den bulgarischen Gewerbetreibenden und 27,4% bei den rumänischen Gewerbetreibenden. Daraus kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass ein Teil der Zuzüge sehr mobil ist; vermutlich eher alleinstehende Personen oder Paare ohne Kinder. Denn aus den Erfahrungen der Schulen gibt es kaum eine Fluktuation bei den Schülerzahlen. Wenn Familien mit Kindern zuziehen, sind die örtliche Verbundenheit und der Bleibewillen deutlich größer.

Ein Blick auf die Gesamt Berliner Situation zeigt, dass die Zunahme an Zuzügen aus Südosteuropa und auch die damit verbundenen Gewerbeanmeldungen, um den dauerhaften Aufenthalt zu erlangen, alle Berliner Bezirke betreffen.

Im Folgenden werden die Gewerbeanmeldungen für das erste bis dritte Quartal 2012 im Land Berlin dargestellt. Darin enthalten sind die Neugründung eines Betriebes; die Wiedereröffnung eines Betriebes nach Verlegung (Zuzug); die Gründung eines Betriebes nach dem Umwandlungsgesetz; die Änderung der Rechtsform; der Eintritt von Gesellschaftern und die Übernahme durch Erbfolge, Kauf oder Pacht eines Betriebes.

Gewerbeanmeldungen von rumänischen und bulgarischen Einzelunternehmen in Berlin
vom 1. bis 3. Quartal 2012



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Potsdam 2013

Die Häuser bzw. Gebäudekomplexe mit gehäuften Gewerbeanmeldungen sind der Verwaltung überwiegend auch durch Meldungen der Nachbarn oder Hinweise von Beratungsstellen bekannt. Einerseits ist die Ansiedlung von Personen einer Nationalität in räumlicher Nähe in einem anderen Land nicht weiter ungewöhnlich, allerdings kommt in Neukölln bzw. Berlin ein verstärkender Aspekt hinzu. Roma und zunehmend auch Rumänen haben auf dem Wohnungsmarkt weniger Chancen, eine Wohnung direkt anzumieten. Werden dann noch die Einkommenssituation der Familien und allgemein die steigenden Mieten und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum berücksichtigt, wird deutlich, dass dies das brisanteste Thema ist.

Diese Notsituation kommt wieder anderen Geschäftstüchtigen zu Gute, die im großen oder kleinen Stil beispielsweise für geschätzte 200 Euro einen Schlafplatz vermieten. Es gibt Vereine, die Wohnungen anmieten, gewinnbringend an Roma untervermieten und dann vielleicht auch noch die Untermiete nicht an den Hausverwalter abführen.

Seit dem 01.01.2012 hat sich die rechtliche Situation zum Zugang zum Arbeitsmarkt etwas gelockert. Es entfällt die Arbeitserlaubnispflicht für Fachkräfte mit Hochschulabschluss bei entsprechend qualifizierter Beschäftigung, bei der Aufnahme betrieblicher Ausbildungen und bei Saisonbeschäftigungen. Außerdem wird bei Beschäftigungen in Ausbildungsberufen die Vorrangprüfung ausgesetzt. Es wird damit nicht zuerst geprüft, ob es für eine Stelle einen inländischen Arbeitsuchenden gibt. Im Hinblick auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 01.01.2014 ist dies ein wichtiger Schritt, um jungen Menschen mit einer beruflichen Qualifizierung beispielsweise im Handwerksbereich eine Möglichkeit zur Erzielung eines Einkommens zu bieten.

Die Menschen, die jedoch nicht gemeldet sind, leben in einer Ausnahmesituation und müssen jede Möglichkeit nutzen, um sich und ihre Familie zu ernähren. Sie verfügen weder über finanzielle Mittel, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, noch über eine Krankenversicherung. In dieser Situation, die als Übergangssituation zu verstehen ist, schicken manche Eltern ihre Kinder nicht zur Schule und sie leben vom Betteln, von Gelegenheitsjobs, von der Prostitution oder illegalen Geschäften.

Wie bereits erwähnt, verfügen die Familien zum überwiegenden Anteil nicht über ausreichend Mittel, alle notwendigen Kosten zum Lebensunterhalt auf Dauer zu tragen. Soweit sie auch keine aufstockenden Hilfen vom Jobcenter erhalten, sind sie nicht krankenversichert, erhalten keine Ermäßigung beim öffentlichen Nahverkehr, ihre Kinder haben keinen Anspruch auf die Vorteile des Bildungs- und Teilhabepakets. Allein hieran dürfte deutlich werden, dass nach einigen Monaten in Berlin die Schuldsituation stark zunimmt.

Weitere Gründe für Schulden sind häufig überhöhte Stromrechnungen (es wird mit Radiatoren geheizt, wenn der Vermieter nicht genug Heizöl gekauft hat) und andere vertragliche Verpflichtungen, die oftmals ohne wirkliche Kenntnis der Rechtssituation eingegangen werden. Einzelfälle sind bekannt geworden, in denen Rumänen, die zumindest über eine Wohnmöglichkeit über Familienangehörige in der Heimat verfügen, auch wieder in ihre Heimat zurück gegangen sind, da der Schuldendruck zu erheblich wurde.

Oftmals haben die Familien aber alles in ihrer Heimat verkauft, weil sie von Versprechungen und falschen Vorstellungen in Bezug auf Deutschland angezogen wurden. Da es keinerlei Rückkehrhilfen in EU-Mitgliedsstaaten gibt - bis auf einige Kommunen, die die Bahnfahrt zahlen, jedoch keine Starthilfe - gibt es nur für wenige eine realistische Möglichkeit zur Rückkehr.

C. Bildungsbereich

Neben der Schulpflicht für behördlich gemeldete Kinder gibt es nach dem Berliner Schulgesetz das Recht auf Beschulung unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Dies bedeutet, dass bei der Anmeldung in der Grund- oder Oberschule nicht zwingend eine Anmeldebestätigung vorgelegt, sondern lediglich der gewöhnliche Aufenthalt (Anschrift und Kontaktdaten der Familie) benannt werden muss.

Das Schulamt Neukölln hat also jedem Kind das Recht auf Beschulung zu gewähren und ihm einen Schulplatz zuzuweisen. Dies wird derzeit auch so umgesetzt. Die Beschulung der Neuzugänge ist allerdings im Oberschulbereich nicht mehr vollständig gesichert. Das heißt, dass es zu Wartezeiten bei der schulischen Unterbringung von neu zugewanderten Schüler/innen kommt. Bereits zum Schuljahresbeginn 2011/12 konnten die zusätzlichen Schüler/innen nur durch Rücknahme von abgesenkten Klassenfrequenzen und mit Ausnutzung aller verfügbaren Platzkapazitäten untergebracht werden.

Seit dem letzten Statusbericht im April 2012 hat sich die Situation in Bezug auf räumliche und personelle Ressourcen weiter verschärft. Bereits nach den Osterferien 2012 wurden drei Willkommensklassen (Hermann-von-Helmholtz, Kepler-Schule und Alfred-Nobel-Schule) neu eingerichtet.

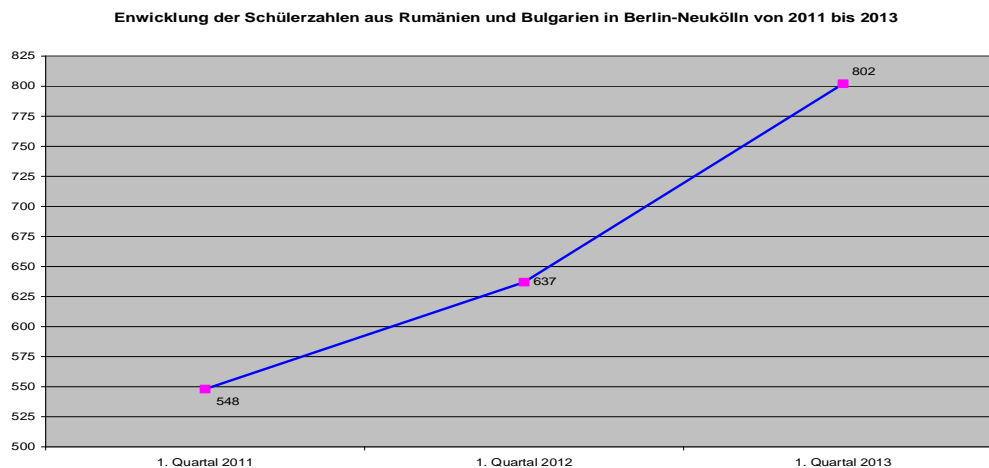
Da die räumlichen Kapazitäten in Nord-Neukölln an den integrierten Sekundarschulen erschöpft sind, mussten danach alle weiteren Kleinklassen an Süd-Neuköllner Schulen eingerichtet werden. Nachdem die Warteliste abgebaut war, stiegen die Zahlen der zugezogenen Kinder im schulpflichtigen Alter bis zu den Sommerferien weiter an und nach den Herbstferien 2012 wurden vier weitere Willkommensklassen eingerichtet. Angemerkt werden muss, dass diese Kleinklassen für Zuzüge ohne Deutschkenntnisse gelten. D.h. dass überwiegend Rumänen und Bulgaren, aber auch Jugendliche anderer Nationalitäten wie Syrer, Afghanen, Türken etc. dort beschult werden. Für die Beschulung der Kleinklassen konnten die Schulleiter sich entsprechendes pädagogisches Personal aussuchen, die über Jahresverträge der Senatsbildungsverwaltung eine Beschäftigung erhalten.

Es gibt derzeit 27 Kleinklassen / Willkommensklassen für Kinder ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen an 17 Schulen mit insgesamt 236 Schülerinnen und Schülern. Darüber hinaus beschulen schon 37 von 65 Neuköllner Schulen Schüler/innen aus Bulgarien und Rumänien im Regelunterricht.

Im Jahr 2011 zogen 113 Kinder im schulpflichtigen Alter direkt aus Rumänien und 98 aus Bulgarien (Gesamt: 211) zu. Damit bilden die aus Rumänien und Bulgarien zugezogenen Schüler/innen den größten Anteil von den 656 Kindern, die in 2011 aus dem Ausland bzw. anderen Bundesländern neu in Neukölln angemeldet wurden.

Im Jahr 2012 haben sich die Zahlen sogar noch erhöht: 164 Kinder im schulpflichtigen Alter aus Rumänien und 67 aus Bulgarien wurden in Neuköllner Schulen eingeschult. Diese insgesamt 231 Kinder bilden bei einer Gesamtzahl von 738 aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland im Jahr 2012 in Neukölln neu eingeschulten Kindern die größte Gruppe, die nur aus zwei Ländern kommt.

Eine Abfrage über die aktuellen Schülerzahlen im **Februar 2013** an alle Neuköllner Schulen hat dabei folgendes Ergebnis geliefert: **802 Schülerinnen und Schüler aus Rumänien und Bulgarien besuchen die Neuköllner Grund- und Oberschulen, darunter sind 54 Analphabeten.**



Dies führt zu erheblichen Herausforderungen bei der Bewältigung des Schulalltags an den betroffenen Schulen. Die derzeitige Beschulungssituation ist nicht für alle als optimale Lösung anzusehen. Jugendliche mit schulischer Vorbildung werden den Schritt schaffen und nach einer Phase der Vermittlung eines Basiswissens Deutsch in die Regelklasse überführt werden können. Diejenigen mit nur wenig Schulerfahrung und im Extremfall Analphabeten werden im Höchstfall zwar die Sprache lernen, aber das Erlangen eines Schulabschlusses, der auch vergleichbare Kenntnisse der Grundbildung in Mathematik und anderen Fächern erfordert, ist nicht realistisch.

Derzeit schätzen die Fachleute, dass nur 2/3 der zugezogenen Schüler/innen einen Schulabschluss schaffen werden. Es wird auch wahrgenommen, dass die männlichen Jugendlichen zumeist so schnell wie möglich, ebenfalls Geld verdienen wollen. Die Möglichkeiten über einen längeren Bildungsweg langfristig Einkommen abzusichern, dürfte für viele Familien bislang nicht erlebbar gewesen sein.

Es gibt für einige Sprachgruppen die Möglichkeit, bei der Prüfung zum MSA (mittlerer Schulabschluss) die berlinweit gültigen Vergleichsarbeiten in ihrer Muttersprache zu schreiben. Hier wird allerdings weder Rumänisch noch Bulgarisch angeboten, so dass vorhandenes Fachwissen nur über den Spracherwerb Deutsch im Prüfungsverfahren nachgewiesen werden könnte.

Wie bereits im 2. Roma-Statusbericht dargestellt, wird es wichtig sein, den Jugendlichen mit bislang wenig Bildungsnähe Möglichkeiten zu bieten, berufliche Perspektiven frühzeitig zu entwickeln. Es gibt durchaus Mangelberufe wie im Gesundheitsbereich oder im Hotel- und Gaststättengewerbe, die eine Zukunft bieten könnten.

Den Willkommensklassenlehrer/innen obliegt damit eine wichtige Aufgabe, individuell die Fähigkeiten und Kenntnisse einzuschätzen und zu fördern.

Neben dem Unterricht in Kleinklassen werden auch einige Schüler/innen direkt in Regelklassen aufgenommen. So berichten einige Schulleiter, dass insbesondere Bulgaren sich oftmals über ihre Sprachkompetenz im Türkischen mit Unterstützung der türkischen Mitschüler zurechtfinden.

Neben der Verunsicherung zu Beginn können Schulen mittlerweile ein differenzierteres Bild von ihren Schülern zeichnen. Zum überwiegenden Anteil sind sie lernwillig, offen und hoch motiviert, die Zusammenarbeit mit einigen Elternhäusern hat sich verbessert, einige Schüler/innen erhalten sogar eine Gymnasialempfehlung. Ein bulgarischer Junge in der Oberschule ist innerhalb von zwei Jahren Klassenbester geworden. Die Schulaufsicht Neukölln koordiniert den fachlichen Austausch zwischen den betroffenen Schulen mit besonderen Lerngruppen/Kleinklassen. Allerdings gibt es weiterhin offene Arbeitsfelder wie z.B. die Erstellung von Arbeitsmaterialien zur Alphabetisierung im Oberschulalter sowie auch die starke antiziganistische Haltung von türkischen und arabischen Schüler(inne)n, die im Schulalltag aufgearbeitet werden muss.

Die Unterstützung von Schulen durch entsprechende Sprach- und Kulturmittler hat sich ausgedehnt und als die Möglichkeit überhaupt bewährt. Neben den 11 muttersprachlichen pädagogischen Unterstützungskräften, die als Modell im April 2011 den Prozess begannen, wurden weitere sprachkompetente Kleinklassenlehrer/innen gewonnen, die über die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft eingestellt und finanziert werden. Als weitere Unterstützung kommt außerdem . wenn auch in geringerem Rahmen - noch eine Landesförderung der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen für freie Träger hinzu (hierzu mehr unter Projekte). Die unterschiedlichen Ressourcen machen die Koordination bzw. den kontinuierlichen Abgleich zwischen Bedarfen und Kapazitäten erforderlich.

Die intensive Förderung zum Erlernen der deutschen Sprache in Willkommensklassen (W-Klassen) ist äußerst wichtig, jedoch ist auch dieses Modul nicht optimal. Zum Beispiel werden die Schüler/innen der W-Klassen nicht in den Schulalltag des Standortes der Willkommensklasse integriert, da sie nach der notwendigen Zeit zum Spracherwerb in die eigentliche Grundschule ihres Einzugsbereiches wechseln.

Trotz der eingesetzten Mittel konstatieren die Schulleiter/innen, dass **dringend zusätzliche Kräfte, Lehrerinnen und Lehrer sowie Sprach- und Kulturmittler sowie praktische Lernmodelle für die Oberschüler** benötigt werden. Außerdem müssten die jüngeren Kinder so früh wie möglich eine Kita besuchen. Dies ist eine Neuköllner Forderung für alle Kinder, um Bildungschancen unabhängig der Herkunft zu erhöhen. Allerdings gibt es weiterhin einen regional bezogenen Kita-Platzmangel.

Bezogen auf die nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen und jungen Heranwachsenden stellt sich die Situation wie folgt dar. Aus der Praxis ist bekannt, dass die speziellen Jugendintegrationskurse, gefördert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, angenommen werden. Anbieter ist hier beispielsweise in Neukölln das Türkisch-Deutsche-Zentrum e.V. oder ZeBus e.V. In Bezug auf ältere Zuwanderer aus Südosteuropa ist die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Gespräch, die Angebote stärker auf die Zielgruppe abzustimmen, damit eine erfolgreiche Teilnahme möglich wird.

Eine Schwierigkeit liegt zum Beispiel darin, dass Teilnehmer ohne nachgewiesenen Leistungsbezug beim Jobcenter 120 " für einen Kurs zahlen müssen.

Die Volkshochschule Neukölln der Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport des Bezirksamtes ist bestrebt, im Rahmen der verfügbaren Ressourcen, Deutschkurse für Südosteuropäer aufzulegen und anzubieten, wobei derzeit der Bedarf nicht über die zur Verfügung gestellten Landesmittel gedeckt werden kann. Hier gibt es einen **dringenden Finanzierungsbedarf**, um die benötigten Kurse anbieten zu können und grundlegende Sprachkenntnisse zu vermitteln.

Es ist zu erwarten, dass das Thema Integration in den Arbeitsmarkt für Rumänen und Bulgaren und damit auch für die Minderheit der Roma stärker in den Fokus auf Bundesebene gerät, wenn am 01.01.2014 die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU eintritt und mit entsprechender Aufenthaltsdauer in Deutschland Ansprüche nach dem SGB II stärker als bisher geltend gemacht werden können. Dann erst gibt es die Möglichkeit, Arbeitsmarktinstrumente auch für diese Zielgruppe insbesondere für die jungen Heranwachsenden bis 25 Jahren einzusetzen.

D. Gesundheitsbereich

Soweit die Krankenversicherung nicht über ein mit EU-Arbeitsgenehmigung geregeltes Arbeitsverhältnis oder über einen Transferleistungsbezug als Aufstocker über das Jobcenter abgesichert ist, müsste der rumänische bzw. bulgarische Staat die Krankenversorgung seiner Staatsangehörigen sichern.

Sowohl rumänische als auch bulgarische Staatsangehörige sind Mitglieder der dortigen gesetzlichen Krankenversicherung, wobei die Mitgliedschaft an sich nicht mit einem Leistungsanspruch gleichzusetzen ist. Die rumänische und bulgarische Krankenversicherung kann in den Fällen, in denen auch eine Krankenversicherung im Heimatland besteht, eine europäische Krankenversicherungskarte (EHIC) ausstellen. Inzwischen sind dem Bezirksamt Neukölln jedoch Fälle bekannt, bei denen alle notwendigen Voraussetzungen für den Erhalt des Leistungsanspruches in Rumänien geschaffen wurden und trotzdem das erforderliche Dokument nicht ausgestellt wird. Würden die zuständigen Stellen in Rumänien dies tun, greift Europäisches Recht und die Aufwendungen in Deutschland müssten erstattet werden. Hierdurch sind die rumänischen und bulgarischen Krankenkassen in ihrer Existenz gefährdet, da sie von 8 bis 10 Euro Monatsbeitrag z.B. Entbindungskosten von ca. 2.500 Euro in Deutschland erstatten müssten. Hier wird zunehmend gegen bestehendes EU-Recht verstoßen. Für die deutschen Krankenkassen läuft die Abwicklung über die DVKA in Bonn, die aktiv werden müsste.

Über die europäische Krankenversicherungskarte (EHIC) können allerdings nur medizinische Leistungen, die **notwendig** waren, damit der Staatsangehörige nicht vorzeitig in sein Heimatland zurückreisen musste, um dort die Behandlung zu erhalten, abgerechnet werden. Die EHIC wird auch **nur** dann ausgestellt, wenn die Beiträge im Heimatland zumindest für 12 Monate eingezahlt wurden.

Allein mit diesen wenigen Ausführungen dürfte deutlich sein, dass dies eine sehr komplexe Thematik ist, sodass es auf vielen Seiten Verunsicherung und Handlungsdefizite gibt.

Selbst Fachleute berichten, dass das Erreichen einer Ausstellung der EHIC durch rumänische oder bulgarische Verantwortliche von Berlin aus nahezu unmöglich ist. In der Folge wird häufig nur im Notfall sofort behandelt, in allen anderen Fällen fordern Ärzte und Krankenhäuser zunächst eine Klärung der Kostenübernahme bzw. stellen die Kosten dem Patienten direkt in Rechnung.

Wie bereits im 2. Roma-Statusbericht dargestellt, kommen hochschwängere Frauen in Kliniken, um dort zu gebären. Diese Notfälle sind unabweisbar, jedoch bleibt die Kostenfrage bei den Krankenhäusern ungeklärt. In der Community selbst hat es sich herumgesprochen, welche Krankenhäuser mildtätig handeln und welche Krankenhäuser nicht aufgesucht werden können. Dies führt unter anderem dazu, dass die unabgefederte Mehrbelastung nur wenige Krankenhäuser im Land Berlin alleine tragen, unter anderem auch in hohem Maße das Vivantes Klinikum Neukölln.

Unabhängig von der akuten, individuellen Krankheit, wo es Wege und Möglichkeiten in einer Großstadt gibt, ärztliche Versorgung auch ohne Krankenversicherung (Malteser Migranten Medizin) einzuholen, **muss aber das Augenmerk auf die Impfungen und die Verhinderung der Ausbreitung von Infektionskrankheiten gelegt werden.**

Durch fehlende Impfnachweise und die bestehende Sprachbarriere kann der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst keine Auskunft über den Impfstatus der zugewanderten Kinder geben bzw. müsste eigentlich alle Kinder dieser Personengruppe bei der Schuleingangsuntersuchung und möglichst auch deren noch nicht schulpflichtige Geschwister durchimpfen. Dies wird höchstwahrscheinlich ein Handlungsfeld des Aktionsplanes Roma des Berliner Senats sein.

Das Bezirksamt Neukölln von Berlin räumt diesem Thema einen hohen Stellenwert ein. Die Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport und die Abteilung Jugend und Gesundheit werden **daher im Frühjahr 2013 eine freiwillige Impfkaktion zur Basisimmunisierung in Neukölln**, zumindest an den stark von Zuzügen betroffenen Schulen durchführen.

E. Wohnsituation

Die Wohnsituation hat sich zwar weniger spürbar im Bezirk Neukölln als in Berlin insgesamt verschärft. Da Menschen, die neu in eine Stadt kommen, sich bei der Suche nach Wohnraum nur bedingt an Bezirksgrenzen orientieren, wird im Folgenden auch auf die stadtweite Entwicklung Bezug genommen. Es gibt zwar in Neukölln noch keinen zentralen Ort wie im Görlitzer Park oder am Leopoldplatz, wo sich wohnungslose Südosteuropäer sichtbar aus der Not heraus unter freiem Himmel niederlassen.

Es wird vermutet, dass in Neukölln Keller, Flure und Dachböden sowie Wohnungen noch Zuflucht bieten. Offizielle Erkenntnisse liegen dem Bezirksamt hierzu aber nicht vor. **Eine Ausdehnung von sichtbarer Wohnungslosigkeit von Familien ist für die Zukunft für Neukölln nicht auszuschließen.**

Es ist für den Durchschnittsbürger nicht einfach nachzuvollziehen, dass Familien selbst wohnungslos in Berlin bleiben, anstelle in ihr Heimatland zurückzugehen.

Auf einer Fachtagung äußerte sich ein Rumäne zu diesem Umstand in etwa so:

„Auch wenn sich die Lebenssituation kaum von der in der Heimat unterscheidet, aber in den Städten Westeuropas gibt es die Hoffnung, dass sich für die Kinder ein besseres Leben ergibt. In der Heimat bestehen die schlechten Lebens- und Bildungsbedingungen nach dem Niedergang des Sozialismus fort. ohne für den Großteil der Minderheit der Roma fühlbare und sichtbare Verbesserungen zu erzielen.“

In Neukölln gibt es typische Mietskasernen, die oftmals im Privateigentum sind und keiner Wohnungsbaugesellschaft gehören und auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind. Hier finden sich Vermieter, die gern an Menschen vermieten, die ihre Rechte nicht kennen bzw. durchsetzen werden und bereit sind, eine Miete zu zahlen, die nicht dem Wert der Immobilie entspricht. Bei insgesamt sechs Gebäuden (typische Altberliner Mietskasernen) ist bereits von außen sichtbar, dass die Immobilie nicht pflichtgemäß erhalten wird bzw. sind dem Bezirksamt Fälle von unzumutbaren Wohnverhältnissen bekannt geworden. Bei weiteren acht Gebäuden ist dem Bezirksamt durch die aufsuchende Beratung der Träger bekannt, dass **unzumutbare Wohnumstände** vorhanden sind, die notwendigen Handlungsschritte vom Mieter jedoch kaum oder nur sehr zögerlich besprochen werden. Zu den bekannten Mängeln zählen u.a. verschimmelte Wände, fehlende Warmwasserversorgung, defekte Klingelanlagen, Nutzung der Hauseingänge durch Dritte als öffentliche Toilette, unzureichende Tonnen für das Müllaufkommen im Hof und teilweise keine Heizung im Winter.

Eine Vermietung der Wohnung kann an einen Hauptmieter erfolgen, der wiederum weiter untervermietet. mit oder ohne Wissen der Hausverwaltung. Es gibt auch Fälle, in denen die Hausverwaltung direkt die Untervermietung fördert und über eine offizielle Miete hinaus auch noch einen Obolus pro Schlafplatz kassiert. Manche Familien werden aber auch direkt selbst Schlafplätze vermieten, um die Mietkosten aufzubringen. Mit dieser Handlung gefährden sie natürlich den Fortbestand des eigenen Mietverhältnisses.

Neben privaten Hauseigentümern gibt es aber auch Fonds, die Gebäude als Anlage besitzen und lediglich auf eine Vollvermietung Wert legen. Hausverwalter treten dann mit Dritten auf, die über einen Untermietvertrag Familien in die Wohnung aufnehmen. Dies wird möglicherweise sogar als humanitärer Akt verkauft. Das Modell bricht dann zusammen, wenn die Hausverwaltung den Hauptmieter kündigt und gleichzeitig nicht mit den bisherigen Untermietern einen Vertrag schließen will.

Auch der private Wohnungsmieter hat das Geschäftsmodell für sich im Kleinen entdeckt. Einzelfälle werden bekannt, bei denen die Familien gezielt aus ihren Heimatländern mit Versprechungen nach Berlin geholt werden, um dann nach wenigen Wochen vor die Tür gesetzt zu werden. Inzwischen hat die zugezogene Familie ihre Ersparnisse und ggf. auch erste Kindergeld- oder Transferzahlungen an den Schlepper abgegeben. Da die Betroffenen nicht zur Polizei gehen, gibt es also nicht nur das **organisierte Schleppertum**, sondern auch Einzelfälle der Ausnutzung von Notsituationen, die sich letztlich summieren. Hinter jedem Fall steht eine Familie mit ihren Sorgen, die nunmehr auf den Straßen von Berlin - mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft - versucht zu überleben.

Im letzten Jahr kam es in der Turmstraße im Bezirk Mitte zu einem umstrittenen Zwangsauszug von mehreren Roma-Familien, die danach am Leopoldplatz nächtigen mussten. Die Familien haben bei dem Vorgehen der Hausverwaltung ihre gesamte Habe verloren. Erst nach der Unterstützung und Ermutigung durch Dritte klagen zwei Familien.

Bei der durch den Bezirk beauftragten Beräumung der aufgegebenen Kleingartenkolonie in der Aronstraße für den Weiterbau der A100 in Neukölln berichtete ebenfalls ein Mann, dass er doch dem Eigentümer als Miete für eine Laube für einen Monat 200 Euro gezahlt habe, was er auch mit einem Stückchen Papier belegte. Diese Einzelfälle lassen sich noch weiter fortsetzen.

Mit teilweise perfiden Tricks werden viele Zuzügler ausgebeutet. Die Opfer stellen nur sehr selten Anzeige. Es gibt auch Fälle, in denen Opfer das Erlebte selbst anwenden, um Geld zu verdienen.

Dieser Entwicklung kann nur mit einer Aufklärung der Mieter über ihre Rechte und Pflichten beigegeben werden. Das Bezirksamt arbeitet mit zwei Vereinen aus dem Beratungsnetzwerk Roma zusammen (Amaro Foro und Nachbarschaftsheim Neukölln) und so konnten seit Herbst 2012 mehr Familien überzeugt werden, Mängelanzeigen gegenüber den Vermietern geltend zu machen und sie im Falle der drohenden bzw. bestehenden Wohnungslosigkeit zu unterstützen. Kleine positive Veränderungen haben sich gezeigt, die allerdings sehr schnell die Zielgruppe zufrieden stellen.

Das Bezirksamt kann nur dort unterstützen, wo die Mängel auch von dem Mieter angezeigt werden und bereits der Vermieter schriftlich einer Aufforderung zur Beseitigung des Mangels nicht nachgekommen ist. Nur mit Zustimmung des Mieters können Wohnungen betreten werden, denn es gilt das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung. auch wenn dem Bezirksamt über die freien Träger die gravierenden Mängel bekannt gegeben wurden. Viele Mieter fürchten mögliche Repressalien des Vermieters und haben große Vorbehalte gegenüber staatlichen Institutionen.

F. Sozialer Friede

Die Situation der Zugezogenen aus Bulgarien und Rumänien im Bezirk Neukölln hat Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben.

Überbelegte marode Häuser und Wohnungen mit einem überdurchschnittlichen Lärm- und Müllaufkommen führen zu Aggressionen und Unverständnis in der Nachbarschaft. Es kommt zu Beschwerden, Ablehnung und den Forderungen an das Bezirksamt, diese Problemlagen anzugehen und zu lösen.

Die Zusammenarbeit mit den Roma-Selbstorganisationen kann hier in Teilen zumindest zur Beschwichtigung von Auseinandersetzungen beitragen.

So konnte beispielsweise in einer Konfliktsituation in einem Kiez durch Moderation von Amaro Foro e.V. Verständnis bei den Nachbarn für die Hintergründe der Wohnsituation erweckt, als auch die Nachbarschaft für die Erfordernisse des Zusammenlebens sensibilisiert und ein gemeinsames Beschwerdeschreiben in Bezug auf die Wohnungsmängel an den Vermieter verfasst werden.

In einem Bezirk mit über 160 Nationen kommt es zu interkulturellen Konflikten oder Reibungen, die insbesondere in den Regelinstitutionen wie z.B. Schule sichtbar werden. Aus Praxisberichten von Jugendprojekten in den Quartieren wird deutlich, dass sich muslimische Jugendliche zunehmend abgrenzen, wenn auch Roma Jugendliche das freie Jugendangebot nutzen.

Einige Schulen haben die Aufarbeitung dieser Konflikte schon in Projekten aufgenommen und wollen den Prozess verstetigen. Selbstorganisationen wie Amaro Foro oder das Roma Informations Centrum können hierbei unterstützend wirken, um auch die Schüler/innen selbst zu stärken.

5. LÖSUNGSANSÄTZE UND MAßNAHMEN

Mit Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 08.08.2012 Drucksache 17/0440 mit dem Titel **Berliner Strategie zur Einbeziehung von ausländischen Roma** wurde die **Erarbeitung eines Aktionsplanes Roma für die gesamte Stadt festgeschrieben**. Seit September 2012 wurden in mehreren Arbeitsgruppen auf Senatsebene, in denen Neukölln und andere betroffene Bezirke wie auch freie Träger und Selbstorganisationen vertreten waren, Maßnahmen und Instrumente für den Umgang mit den aktuellen Entwicklungen vorgeschlagen.

Diese wurden in einem zweiten Schritt von den zuständigen Senatsfachverwaltungen auf deren Erforderlichkeit bzw. Realisierbarkeit geprüft und im Februar 2013 in einem Entwurf für einen Aktionsplan Roma des Landes zusammengefasst. Ein politisch besetztes Lenkungsgremium, an dem auch einige Bezirksamtsmitglieder beteiligt sind, wirkt an der strategischen Ausrichtung des Aktionsplans mit, der dem Senat und dem Rat der Bürgermeister zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Die darin aufgeführten teilweise sehr notwendigen Maßnahmen beziehen sich allerdings erst auf den Zeitraum 2014/2015. Die finanzielle Untersetzung ist noch nicht geklärt. Schon jetzt ist klar, dass die Realisierung der genannten Maßnahmen erhebliche finanzielle Ressourcen, vor allem auf Landesebene, erforderlich machen wird. Wie und wo diese akquiriert werden können, ist noch offen und wird abhängig von der Entscheidung der Senatsfinanzverwaltung sein. Es zeichnet sich ab, dass bestimmte bewährte Angebote vermutlich weiter ausgebaut werden und andere bestehende Instrumente um die Bedürfnisse der Zielgruppe erweitert werden.

Alle Maßnahmen des Aktionsplanes werden allerdings erst 2014/2015 greifen. Das Bezirksamt Neukölln sieht bereits im Jahr 2013 erheblichen Handlungsbedarf. Die drängenden Problemfelder Wohnen, Gesundheit und Bildung müssen unmittelbar angegangen werden.

Auch die Frage der **Vorbereitung auf eine größere Wanderungsbewegung mit dem Wegfall der Freizügigkeitsbeschränkungen ab Anfang 2014** ist noch nicht beantwortet.

Im Folgenden werden die bereits jetzt bestehenden Projekte zur Integration der Roma dargelegt, an denen der Bezirk Neukölln beteiligt ist bzw. die er selbst aktiv gestaltet. Deutlich wird, dass ein Großteil der Finanzierung über europäische Fördergelder, für die sich der Bezirk beworben hat, realisiert wird.

I. Aktuelle Projekte auf europäischer Ebene, an denen sich Neukölln beteiligt

Städtenetzwerk 'Roma - 6 Städte - 6 Themen' (gefördert aus dem EU-Aktionsprogramm 'Europa für Bürgerinnen und Bürger')

Neukölln ist seit September 2012 mit fünf weiteren Partnern in einem Netzwerk finanziert aus dem Programm 'Europa für Bürgerinnen und Bürger' zur Thematik 'Roma Inklusion' aktiv. Partner sind: Graz (Österreich), Pecs (Ungarn), Banska Bystrica (Slowakei), Koprivnica (Kroatien) und Moldova Noua (Rumänien).

Es geht hier um den Austausch guter Praktiken im Umgang mit der europäischen Armutswanderung in den beteiligten Ländern. Geplant ist, dass sich die Netzwerkpartner für 6 Konferenzen / Workshops treffen und jeder Partner eine Konferenz ausrichtet und thematisch besetzt. Die Themen sind u.a. Teilhabe am Arbeitsmarkt / Einkommenserzielung, Bildung und Qualifikation, Sozialraum / Lebens- und Arbeitswelt, Gesundheit, Kommunikation, sowie Finanzen und öffentliche Verwaltung. Die nächste Fachtagung findet am 13. und 14. März 2013 in Banska Bystrica (SK) zum Thema Bildung statt. Ein Aspekt dieses Netzwerkes ist die Erschließung eines marktorientierten Arbeitsfeldes und Bereitstellung von Arbeitsplätzen in den Herkunftsländern mit dem Pilotprojekt **'BIO-KNOBLAUCH ROMANESÍ'**.

<http://www.european-neighbours.net/cms/index.php/2012-01-04-15-59-51>

European Roma integration good practice exchange and policy Network 'ERNE' (gefördert aus dem EU-Aktionsprogramm 'Lebenslanges Lernen')

Ein Netzwerk aus neun Partnern hat sich zusammengeschlossen, um Vorschläge und Empfehlungen für die Verbesserung der Integration von Roma ins Bildungssystem (allgemeine und berufliche Bildung) und zur Verbesserung der Teilhabe zu erarbeiten sowie die bereits bestehende gute Praxis zu verbreiten. Zudem ist das Projekt aufgefordert, Handlungsempfehlungen auf nationaler wie auch europäischer Ebene zu formulieren.

Die Partner sind: ZUKUNFTSBAU GMBH/ Europaberatung Berlin (Deutschland), European Neighbours (Österreich/Graz), Kulturverein österreichischer Roma (Österreich), Stadtverwaltung Koprivnica (Kroatien), European Roma Information Office (Brüssel), Confederation of Family organisations in the European Union (Belgien), FormAzione Co&So Network (Italien), Universitatea 'Stefan cel Mare' din Suceava (Rumänien) und Súkromné gymnásium Kremnica (Slowakei).

Der Bezirk Neukölln arbeitete bereits zum Zeitpunkt der Antragstellung eng mit dem Netzwerkpartner Zukunftsbau/Europaberatung Berlin zusammen und bringt im weiteren praktischen Verlauf ab Anfang 2013 seine Fachexpertise ein.

Städtenetzwerk Intercultural Cities (gefördert aus dem EU-Aktionsprogramm KULTUR 2007 der EU Kommission und durch den Europarat)

Der Bezirk Neukölln ist seit 2008 bereits in der Pilotphase des europaweiten Netzwerkes 'Intercultural Cities' aktiv. Ziel von 'Intercultural Cities' ist, die kulturelle Vielfalt und die interkulturelle Integration in den Städten Europas durch den Austausch von Erfahrungen und Lösungsansätzen zu fördern.

Die beteiligten Städte erarbeiten gemeinsam mit dem Europarat und der Europäischen Kommission eine Strategie, um die Vielfalt der Kulturen für das Gemeinwesen nutzbar zu machen. In dieses Netzwerk bringt das Bezirksamt Neukölln aktiv die Erfahrungen in diesem Bereich ein und plant einen weiteren fachlichen Austausch mit betroffenen Städten und Kommunen.

II. Aktuelle Projekte auf Landesebene

Bezirksprogramm „Sprach- und Kulturmittler“ (gefördert durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen)

Im Frühsommer 2012 hat das Berliner Abgeordnetenhaus zusätzlich jeweils 300.000 Euro für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 für den bezirksorientierten Projekteinsatz von muttersprachlichen Integrationslotsen bzw. Kultur- und Sprachmittler(inne)n insbesondere zwischen Kitas, Schulen, Gesundheitseinrichtungen und Roma-Familien beschlossen. Neukölln erhält aus diesen Mitteln jeweils 90.000 Euro in 2012 und 2013. Diese werden durch vier geförderte Träger: **Amaro Foro e.V.**, **AspE e.V.**, **Nachbarschaftsheim Neukölln** und die **Taschengeldfirma e.V.** (Beratungsnetzwerk Roma) seit Anfang September 2012 umgesetzt. Die Einsatzgebiete der Sprach- und Kulturmittler decken eine Bandbreite von Themen ab. Neben Miet- und wohnrechtlicher Beratung, familienbezogenen Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsfragen sowie Berufsorientierung, sind die Maßnahmen insbesondere auch in den Grundschulen und Oberschulen Neuköllns angesiedelt.

Zusätzliche Sozialarbeiter/innen an Schwerpunktschulen (gefördert aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes)

Zum Schuljahr 2011/2012 wurde, finanziert aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung, in den Bezirken Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln und Spandau in jeweils einer Schule, die vermehrt zugezogene Schüler/innen aus Südosteuropa beschult, eine zusätzliche Sozialarbeiterin eingesetzt. In Neukölln ist dies an der Hans-Fallada-Schule der Fall.

Beschulung: Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse (finanziert aus Mitteln der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft)

Die Beschulung der zugezogenen Kinder ohne Deutschkenntnisse wird in besonderen Lerngruppen oder extra eingerichteten Kleinklassen (Willkommensklassen) sichergestellt. Die Kleinklassenlehrer/innen werden von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft befristet beschäftigt. Dabei wird Fachpersonal mit besonderen Qualifikationen wie Deutsch als Fremdsprache und Muttersprachkenntnissen ausgewählt. Das Angebot ist allerdings für die gut qualifizierten Kräfte nicht besonders attraktiv, da die Grundlage ein befristeter Vertrag ist, der einen geringeren Verdienst als der Verdienst regulärer Lehrkräfte bietet.

Maßnahmen zur Stärkung der Roma-Community in Berlin – insbesondere aufsuchende Sozialarbeit und Aufbau von Selbsthilfestrukturen (gefördert als Modellprojekt für die Aktionsräume Mitte, Marzahn-Hellersdorf und Neukölln aus Mitteln des Quartiersfonds 5 des EU-Bund-Länder-Programms 'Soziale Stadt')

In Kooperation der genannten Bezirke mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen / Integrationsbeauftragte und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ist ein bezirksübergreifendes Modellprojekt konzipiert worden.

Es umfasst drei Bausteine:

- a. aufsuchende Sozialarbeit durch Mitarbeiter des Trägers Südost Europa Kultur e.V. und weiterer Netzwerkpartner
- b. Die Volkshochschulen Berlin-Mitte und Berlin-Neukölln erarbeiten und erproben ein Konzept basierend auf Erfahrungen aus England und Kanada zur Sprach-, Lese-, Schreib- und Lernförderung für Eltern und ihre Kinder *gemeinsam*. Für Neukölln sind eine altersübergreifende Gruppe an der Hans-Fallada-Schule und eine 'Familiengruppe' im Wohnkomplex Harzer / Ecke Treptower Straße vorgesehen.

Wichtiger Baustein ist das Tandem Modell, wonach ein klassischer DAZ Lehrer mit einer Sprachmittlerin aus der Community zusammen unterrichtet. Bei Bedarf wird dieser Baustein mit dem Baustein 'aufsuchende Sozialarbeit' verknüpft.

- c. Community building

Amaro Foro soll als Landesverband die Stärkung der Selbsthilfestrukturen vorantreiben.

Das Modellprojekt begann bereits im Dezember 2011, Anfang 2012 wurde noch ein weiterer Baustein bis Ende des Jahres aufgenommen. Gangway e.V./Transit erfasst eine Bestandsaufnahme der handelnden Akteure. Bisherige und auch die noch fehlenden Kooperationsbeziehungen werden erfasst. Zum Abschluss soll Material für eine Datenbank im Internet vorliegen, die den damit befassten professionellen Akteuren in Berlin alle Informationen zu Angeboten für Südosteuropäer bietet. Da die Mittelzuweisung für diesen umfassenden Ansatz im Jahr 2013 gesenkt wurde, wurde die Finanzierung des lokalen Neuköllner Ansatzes mit drei eingebundenen Trägern ebenfalls reduziert.

Berufliche Orientierung zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt (gefördert aus dem Programm XENOS des Europäischen Sozialfonds)

Dieses Projekt des Trägers Südost Europa Kultur e.V. bietet in einem Zeitraum von drei Jahren (1. Januar 2012 bis 31.12.2014) und im Rahmen von insgesamt fünf Projektdurchläufen mit 9-monatiger Dauer niederschwellige berufliche Orientierung insbesondere für junge Roma zwischen 15 und 24 Jahren an. In verschiedenen Werkstätten werden 6 Monate lang praktische Erfahrungen auf unterschiedlichen Berufsfeldern gesammelt.

Zielgruppenorientierte Seminare vermitteln schulisches und praktisches Basiswissen. Exkursionen in Einrichtungen und Betriebe runden das Angebot ab, durch welches berufliches Interesse geweckt und gefördert werden soll. Vertieft und angewendet werden die gesammelten Erfahrungen in 3-monatigen Praktika.

Um die regelmäßige Projektteilnahme der jungen Menschen zu fördern und sie von unverhältnismäßigen familiären Aufgaben zu entlasten, wird das engere familiäre Umfeld mit einbezogen, sozialpädagogisch beraten und betreut. Letztgenannter Projektanteil wurde bis Ende 2012 von dem Träger Dialog e.V. geleistet. Seit Anfang 2013 ist das Nachbarschaftsheim Neukölln (NBH) Kooperationspartner und erhält einen Teil der Zuwendung, um aufsuchende Familiensozialarbeit für die Familien der teilnehmenden Jugendlichen zu leisten, aber auch um neue Interessenten zu finden. Dieser Baustein passt sich ideal in das Netzwerk aus bestehenden Angeboten ein, denn über die Sprach- und Kulturmittler des Nachbarschaftsheim an den Oberschulen gibt es direkte Kontakte.

Nach den ersten Erfahrungen wird deutlich, dass viele die Verbindlichkeit nicht einhalten können und die Situation der Familie sich stark auf die erfolgreiche Teilnahme auswirkt. Es gibt aber auch hier Lichtblicke von jungen Heranwachsenden, die auf dem ersten Arbeitsmarkt beispielsweise im Hotel- und Gaststättengewerbe eine Arbeit oder einen Ausbildungsplatz annehmen können.
<http://www.suedost-ev.de/projekte/projekte>

Anlaufstelle für Roma – Konfliktintervention gegen Antiziganismus (gefördert durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen)

Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen / Beauftragte des Senats für Integration und Migration finanziert seit 2010 diese Beratungsstelle. Träger sind hier Südost Europa Kultur e.V. und Amaro Foro e.V. Die Beratung umfasst Fragen des Aufenthalts, der Arbeitsaufnahme, der Gesundheitsversorgung und sonstiger Anliegen. Erstberatung bei Anfeindungen und antiziganistischen Vorfällen, Vermittlung zu den Angeboten der Regeldienste (ggf. auch Sprachmittlerdienste), Intervention in Konfliktfällen.

http://www.suedost-ev.de/mobile_anlaufstelle/mobile_anlaufstelle.php

<http://amarodrom.de/roma-anlaufstelle-berlin>

Gesundheitliche Versorgung über den Malteser Migranten Medizindienst

Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales unterstützt den Malteser Migranten Medizindienst. An drei Tagen findet für Menschen ohne Krankenversicherung eine anonyme Beratung und Behandlung statt. Zusätzlich gibt es zweimal pro Woche eine gynäkologische und einmal pro Woche eine kinderärztliche, eine zahnmedizinische und eine neurologisch-psychiatrische Sprechstunde.

<http://www.malteser-migranten-medizin.de/index.php?id=101253>

III. Aktuelle Projekte auf bezirklicher Ebene in Neukölln

Mitarbeit in der AG Roma des Deutschen Städtetages

Eines der wichtigsten Ergebnisse des Jahres 2012 ist eine stärkere Vernetzung mit ebenfalls betroffenen Städten und Gemeinden in Deutschland (z.B. Hamburg, München, Duisburg, Dortmund). So arbeitet der Bezirk Neukölln von Berlin in der AG Roma des Deutschen Städtetages intensiv mit. Der Austausch der Kommunen und die Positionierung gegenüber den Verantwortlichen auf Bundesebene ist ein wichtiger Schritt, um für das Thema zu sensibilisieren.

Kooperation der Verwaltungen Æ AG Roma in Neukölln

Die bereits ausführlich im 2. Roma-Statusbericht beschriebene Arbeit der AG Roma, koordiniert von der bezirklichen Europabeauftragten, wird gezielt in Facharbeitsgruppen unterteilt, da der inzwischen große Kreis der Teilnehmer/innen der Arbeitsfähigkeit entgegen steht.

Zu den Mitgliedern gehören Vertreter der Schulen, der regionalen Schulaufsicht, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, des Krankenhauses Neukölln, des Jugendamtes, des Quartiersmanagements, des Bürgeramtes, des Ordnungsamtes, der Bau- und Wohnungsaufsicht, der Polizei, der Selbstorganisation Amaro Foro e.V. sowie weitere involvierte Träger und der Migrationsbeauftragte des Bezirks. Im Dezember 2012 fand beispielsweise die UAG Wohnen mit den betroffenen Teilnehmern statt. Die Bündelung der Informationen und die Bildung einer Plattform haben aber nicht an Bedeutung verloren. Es kommen auch aus angrenzenden Bezirken Anfragen, um die Zusammenarbeit bei bezirksübergreifenden Anlaufstellen zu optimieren.

Kooperation der Beratungseinrichtungen Æ Beratungsnetzwerk Roma

Aus der Notwendigkeit, sich inhaltlich abzustimmen und zur Steigerung der Beratungsqualität bei den schwierigen Rechtsgebieten (z.B. Krankenversicherung, Selbstständigkeit usw.) treffen sich die Neuköllner Beratungsstellen regelmäßig alle zwei Monate. Dies sind u.a. Amaro Foro e.V., Diakoniewerk Simeon mit der Migrationsberatung für Erwachsene und dem Jugendmigrationsdienst, Taschengeldfirma e.V., Nachbarschaftsheim Neukölln e.V. und bulgarischer Integrationservice (keine abschließende Aufzählung). Das Netzwerk ist offen für alle interessierten Akteure.

Mobile Fahrradwerkstatt - Taschengeldfirma

Die Mobile Fahrradwerkstatt ist ein Projekt zur vorberuflichen Orientierung in einem umweltfreundlich, nachhaltigen Zukunftsberuf, die aus dem Europäischen Sozialfonds, Lokales Soziales Kapital (LSK) gefördert wird.

Die Fahrradwerkstatt wird ab Frühjahr 2013 auf dem Tempelhofer Feld Workshops für Jugendliche durchführen, wobei zur Kompetenzerweiterung einerseits ein peer-Ansatz verfolgt wird, andererseits aber auch das Berufsfeld des Zweiradmechanikers und angrenzender Berufsfelder praktisch erschlossen wird. Gleichzeitig bietet der Projektansatz auch die Möglichkeit zum Austausch mit Nutzern des Tempelhofer Feldes. Von dem Projekt profitieren u.a. bulgarische Roma-Jugendliche.

<http://taschengeldfirma.net/index.html>

Lokaler Aktionsplan "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" in Neukölln-Nord (NNK Be-Respect-ed - jugendkulturelle Projekte) (2013)

Im Rahmen von Schulprojekttagen des Trägers Cultures Interactive e. V., bei denen auch Roma-Jugendliche mitwirken, werden Themen wie Diskriminierung und der Umgang mit Vorurteilen bearbeitet.

http://www.demokratischevielfaltneukoelln.de/ingang.php?id=pro_details&projekt=33

Willkommen in der Schule – offener Elterntreff in der Hans-Fallada-Schule (gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aus dem Programm Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (Ex-WoSt) im Rahmen des bundesweiten Modellvorhabens (Orte der Integration))

Ende September 2012 wurde ein offener Elterntreff in der Hans-Fallada-Schule eröffnet. Dort werden nun unterschiedliche Angebote für die Eltern der Schule, darunter auch Roma-Eltern, angeboten. Als zweiter Baustein des Projektes mit einer Laufzeit von 2012 . 2014 wird die Vernetzung der Akteure im Harzer Kiez unterstützt. Ausgehend von dem Engagement der Aachener Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft ist das Gebiet auch für weitere freie Träger interessant. Ziel ist es hier, die Bedürfnisse aller Bewohner zu kennen und auch den „Alteingesessenen“ passende Angebote zu offerieren. Eine Müttergruppe nimmt aktiv in einem Kochkurs zur bewussten Ernährung teil und baut ihr Wissen weiter aus, um professionelles Kochen auch mit dem Gedanken der Selbstständigkeit zu verfolgen.

Ein Elternfrühstück etabliert sich langsam und auf Wunsch der Frauen gibt es einen Bewegungs-/Entspannungskurs. Eine Herausforderung stellt es nochmals dar, gemeinsame Interessen ethnisch übergreifend aufzugreifen bzw. die unterschiedlichen Frauengruppen, die es im Kiez bereits gibt, zusammenzuführen.

http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_21260/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Forschungsfelder/2011/Integration/05_veranstaltungen.html#doc1078632bodyText2

Bildungsangebote für Erwachsene der VHS Neukölln

Die Volkshochschule Neukölln verfügt im Rahmen der langjährigen Durchführung von „Deutsch als zweite Fremdsprache - Kursen“ über einen breiten Erfahrungsschatz. Dennoch schlugen die ersten Versuche, einen Deutschkurs für Roma in einer Grundschule zu etablieren aufgrund der mangelnden Akzeptanz fehl. Mittlerweile hat sich gezeigt, dass neue Wege für Alphabetisierung und Spracherwerb gefunden werden müssen. Eine Möglichkeit ist beispielsweise das Tandem-System, d.h. ein Deutschlehrer unterrichtet zusammen mit einem Roma-Mediator. Die Angebote müssen sehr viel mehr einen praktischen, haptischen Fokus verfolgen. Zudem sind die Besonderheiten der Familien zu berücksichtigen, d.h. aufgrund der vielen, jungen Kinder und der derzeit schlechten Betreuungssituation müssen Angebote die Familie an sich umfassen. Neben mehreren Angeboten im Harzer Kiez, werden aus Mitteln des Bezirks weitere Mütter-Deutsch-Kurse an Grundschulen angeboten. Die Erfahrungen zeigen, dass eine Binnendifferenzierung gegenüber anderen Zielgruppen wie z.B. den Zuzüglern aus Spanien oder Griechenland notwendig wird.

Modellprojekt Stadtteilmütter

Nachdem im ersten Versuch die Bewerberinnen die sechsmonatige Schulung nicht abschlossen, gibt es nun einen gesonderten Kurs speziell für Bewerberinnen mit Roma - Hintergrund. Die Schulungen haben im Februar 2013 begonnen, so dass die gut ausgebildeten Stadtteilmütter nach den Sommerferien in die Arbeit vor Ort einbezogen werden könnten. Derzeit gibt es 4 Teilnehmer/innen, die sich selbst als Roma bezeichnen.

Projekte in den Quartieren

Neukölln hat 11 Quartiersmanagementgebiete (Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf, die durch das EU-Bund-Länder-Programm Soziale Stadt gefördert werden). Hier können kleinteilig, abgestimmt auf die lokalen Bedarfe Projekte gefördert werden. Die Projektmittel sind in der Höhe oftmals begrenzt und hängen auch an der Zustimmung einer Vergabjury, die sich u.a. aus lokalen Vertretern zusammensetzt. Insbesondere die Quartiere High-Deck-Siedlung, Donaustraße, Richardplatz Süd, Flughafenstraße, Ganghoferstraße, Körnerpark sowie Schillerpromenade fördern Angebote, die Bedarfen der dort lebenden Communities gerecht werden u.a. auch speziell für Roma bzw. zur Förderung des Miteinanders.

IV. Weitere Aktive im Bezirk Neukölln

Die Aachener Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH Ö Wohnkomplex Harzer Straße

Der im Sommer 2011 erworbene desolante Wohnkomplex Harzer Straße / Ecke Treptower Straße wurde in Bezug auf die Fassaden, die Außenanlagen, die Fenster und sukzessive auch die freiwerdenden Wohnungen saniert. Der Abschluss der Arbeiten sowie die Einweihung des Komplexes als Arnold-Fortuin-Haus wurden am 14.09.2012 gefeiert. Seitdem erhält dieser Wohnkomplex viel mediale Öffentlichkeit, wobei fälschlicherweise immer von einem Roma-Projekt berichtet wird. Richtig ist, dass ein Gebäude saniert wurde, deren Bewohner überwiegend der Ethnie zuzurechnen sind, daneben wohnen dort aber auch Deutsche, Türken, Polen usw.. Alle dort lebenden Bewohner zahlen eine reguläre Miete. Als weiterer Schritt erhalten freie Träger wie die Caritas mit einem offenen Kiezbüro und AspE e.V. im Erdgeschoss von der Straße zugängliche Räumlichkeiten, die auch Angebote für den Kiez bereitstellen.

Die seit Mitte Dezember 2012 frei gewordene Eckkneipe wird demnächst möglicherweise ein kleines Café beherbergen und zusätzliche Kita-Plätze sollen eingerichtet werden. Die Aachener Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH hat diese umfassende Neustrukturierung des Wohnkomplexes und die Unterstützung der Aufbau einer Infrastruktur für den Kiez ohne EU-Mittel oder staatliche Förderung bewerkstelligt.

Das Familien Forum im Harzer Kiez Æ AspE e.V. Æ Harzer Straße 65, 12059 Berlin (gefördert durch die Aktion Mensch)

Familienberatung, Familienbildung und verschiedene Beratungsmöglichkeiten stehen den Eltern aus dem Harzer Kiez hier ab Februar 2013 zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es Angebote für Kinder und Erwachsene zu den Themen Musik, Bewegung, Gymnastik, Spiel sowie Kurse zur gesunden Ernährung. Familien, die ein behindertes oder von Behinderung bedrohtes Kind haben, erhalten im Familien Forum eine individuelle Beratung zu den Leistungen des Sozial- und Gesundheitssystems sowie zu weiteren persönlichen Fragen.

ME SEM ME (Ich bin ich) - Rroma Informations Centrum, Fulda Str.41, 12045 Berlin

Mit Workshops und Exkursionen will das Projekt ME SEM ME das Selbstbewusstsein der Roma-Kinder stärken, ihnen Zukunftsperspektiven aufzeigen und den Teufelskreis der sozialen Ausgrenzung durchbrechen sowie Chancengleichheit ermöglichen. ME SEM ME ist ein Pilot-Projekt. Die finanzielle Unterstützung durch die Stiftung sWorld Childhood Foundation% soll der Initiative die Möglichkeit geben, ihr Konzept zu erproben.

Romanistan Æ Amaro Drom e.V.

Romanistan ist ein EU-Kulturprojekt, das von der IG Kultur Österreich koordiniert wird, und gemeinsam vom Roma Kulturzentrum Wien, von Fagic in Barcelona und von Amaro Drom in Berlin-Neukölln organisiert wird. Romanistan ist eine Bewegung durch das sHaus Europa% ein emanzipatorisches Projekt, welches Roma Kulturarbeit jenseits von Folklore zeigt. In Selbstorganisation, Vernetzung und dem nachhaltigen Schaffen von Strukturen und Strategien, werden Handlungsfreiräume geschaffen und genutzt und Roma Kulturarbeit in all ihrer Heterogenität und Vielfalt auf der europäischen Landkarte verortet. Zentrale Themen sind Selbstermächtigung und Selbstorganisation, Vernetzung und Kooperation, Medien und Öffentlichkeit.

Im Rahmen dieses Projektes gibt es vom 19.04. - 02.06.2013 eine Ausstellung mit dem Titel sRoma Image Studio% in der bezirklichen Galerie im Saalbau (Karl-Marx-Straße), die vom Fachbereich Kultur der Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport mit Mitteln des Bezirkshaushaltes unterhalten und bespielt wird.

Das *Roma Image Studio* ist ein Projekt des in Berlin und Budapest lebenden Künstlers André Jenó Raatzsch, das die Problematik der Darstellung von Roma in der Fotografie, in den Medien, im historischen Kontext und in freien künstlerischen Arbeiten kritisch reflektiert. Die Ausstellung findet parallel zum Herdelezi Roma Kulturfestival in der Boddinstraße vom 04.05. bis 11.05.2013 statt und soll von einem umfangreichen Vortrags- und Workshop - Programm begleitet werden.

6. FAZIT UND AUSBLICK

Der Bezirk Neukölln blickt auf vier Jahre intensive Auseinandersetzung mit dem Thema „Zuzüge aus Südosteuropa“ zurück. Erreicht werden konnte, dass die **Diskussion über dieses Thema angestoßen** wurde und es mittlerweile ein größeres **Problembewusstsein auf Landes- und Bundesebene** gibt.

Der **Austausch Neuköllns auf Bundesebene** zeigt, dass auch andere Kommunen und Städte ähnliche Herausforderungen zu bewältigen haben. Dies spricht für eine Unterstützung der Bundesebene, die es bislang allerdings nicht in ausreichendem Maße gibt. Der Deutsche Städtetag hat sich hierzu klar positioniert und einen Forderungskatalog aufgestellt, der durch den Bezirk Neukölln unterstützt wird. Allerdings sind die Rahmenbedingungen und Bedarfslagen in den kooperierenden Kommunen sehr unterschiedlich. Der Lern- und Erkenntnisprozess auf Praxisebene steht erst am Anfang.

Auch ein **europaweiter Diskurs** ist im Gange. Auf europäischer Ebene wird es vor allem darauf ankommen, die Gründe und Ursachen der Armutswanderung in den Heimatländern zu hinterfragen und anzugehen.

Solange die **Lebensbedingungen in den Heimatländern** Rumänien und Bulgarien von prekären Verhältnissen und Diskriminierung geprägt sind, werden sich die Menschen auf den Weg machen . auf der Suche nach einem besseren Leben und Zukunftschancen für ihre Kinder.

So divers wie die Zielgruppe selbst ist, wird es unterschiedlichster Handlungsansätze bedürfen. Klar ist, dass auf lokaler Ebene die drei Bereiche **Bildung, Gesundheit und Wohnen die wichtigsten Handlungsfelder** abbilden, in denen unmittelbarer Bedarf an Maßnahmen und Ressourcen besteht.

Hoffnungen gibt der im Entstehungsprozess befindliche Roma-Aktionsplan des Landes Berlin. Über das **Was** in Berlin getan werden muss, gibt es . ausgehend von den Besprechungen in den Arbeitsgruppen . einen weitgehenden Konsens. **Die noch kommende Frage wird aber die der Finanzierbarkeit betreffen.** An dieser Stelle kann keine seriöse Einschätzung abgegeben werden. Der Bezirk Neukölln hat nachdrücklich betont, dass jeder Euro, der jetzt in die Bildung und Unterstützung der Familien fließt, höhere finanzielle Aufwendungen in den künftigen Jahren in anderen Bereichen ersparen wird.

Zunehmend unverständlicher sind daher in der Praxis immer noch Aussagen von verantwortlich Handelnden, die meinen, wenn kein Geld in die Unterstützung der Roma fließt, dann können die Zuzüge verhindert oder reduziert werden. Davon ist aus Neuköllner Sicht nicht auszugehen. Es gibt keine andere Option, als den Entwicklungen entschieden zu begegnen und die Integration der neu Zugezogenen voranzubringen.

Ein wichtiger Punkt ist dabei, dass im Sinne des Erhalts des sozialen Friedens neben der Einbeziehung der Interessenlagen der betroffenen Zuzügler **auch die Bedarfslagen der alteingesessenen Bevölkerung** Berücksichtigung finden. Hier kann es zu sehr weit auseinandergehenden Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenleben kommen.

Eine Empfehlung, die sich für die Vermittlung und Verbindung unterschiedlicher Sichtweisen aus der Arbeit in Neukölln ableiten lässt, ist, auf lokaler Ebene einen **Hauptansprechpartner für Roma-Fragen** zu benennen. In diesem Fall die **Neuköllner Europabeauftragte**, die als Plattform unterschiedliche Akteure der Verwaltung aber auch darüber hinaus Dritte zusammenbringt und vernetzt. So werden kleine Erfolge sichtbar und Stolpersteine können frühzeitig erkannt und ausgeräumt werden.

Ein Aspekt erscheint für das Gesamtfazit auch wesentlich, in Betracht zu ziehen:

Bei allen Problemlagen gibt es **auch eine Vielzahl positiver Entwicklungen**: Jugendliche erhalten trotz weniger Monate in Berlin eine Gymnasialempfehlung, Mütter sprechen - ohne je einen VHS Kurs besucht zu haben - schnell einfaches Deutsch und diejenigen mit EU-Arbeitserlaubnis gehen einer regelmäßigen Beschäftigung nach. Es gibt trotz hoher Arbeitslosenzahlen in Berlin auch immer noch Bedarfe an Mitarbeiter/innen im Hotel- und Gaststättengewerbe und in allen Berufsfeldern des Gesundheitsbereiches.

Auch, wenn dies schon oftmals propagiert wurde, kann es nicht oft genug wiederholt werden: Deutschland braucht Zuwanderung, um seinen Standard zu erhalten und dem demografischen Wandel entgegenzuwirken. Dass sich **Zuwanderung in einem grenzenlosen Europa nur bedingt steuern lässt**, ist eine Tatsache. Damit umzugehen eine Pflichtaufgabe.

Der deutsche Staat und die Gesellschaft tragen eine besondere Verantwortung, auch diesen Menschen, die neu zu uns kommen, Unterstützung auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben und für gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

ENGAGIERTE NGOS UND ROMA-SELBSTORGANISATIONEN IN BERLIN-NEUKÖLLN

Name des Trägers	Anschrift	Kontakt / Website	Tätigkeitsfelder
<p>Amaro Drom (Bundesverband) Amaro Foro (Landesverband)</p>	<p>Weichselplatz 8 12045 Berlin</p>	<p>Telefon: 030-432 053 73 www.amarodrom.de www.amaroforo.de</p>	<ul style="list-style-type: none"> ~ Stärkung der Jugendselfstorganisation und des ehrenamtlichen Engagements ~ Ehrenamtliches Kinder- und Jugendprogramm zur Unterstützung der außerschulischer Bildungsarbeit ~ Empowerment junger Frauen ~ Kunst und Kultur ~ internationale und transkulturelle Jugendarbeit ~ Multiplikator(inn)enschulungen ~ soziale, ökologische und kulturelle Freiwilligendienste
<p>Die Taschengeldfirma e.V.</p>	<p>Flughafenstraße 62, 12049 Berlin</p>	<p>Telefon: 030 - 896 357 27 info@taschengeldfirma.net http://taschengeldfirma.net</p>	<ul style="list-style-type: none"> ~ Fördert insbesondere Kinder und junge Menschen mit Sprach-, Spiel-, und Sportprogrammen ~ Einbeziehung der Eltern mit Bildungsangeboten ~ Mitwirkung an einer nachhaltigen, sozialen und kulturellen Aufwertung Nord-Neuköllns
<p>Rroma Ę Informations Ę Centrum e.V.</p>	<p>Fuldastraße 41, 12045 Berlin</p>	<p>Telefon: 030 . 68329265 milanpavlovic@rroma-info-centrum http://rroma-info-centrum.de</p>	<ul style="list-style-type: none"> ~ Empowermentangebote für Kinder, Jugendliche und junge Heranwachsende ~ Abbau von Antiziganismus ~ Fortbildungen für Lehrer/innen und Multiplikator(inn)en in sozialpädagogischen Bereichen ~ Förderung der gesellschaftlichen Partizipation ~ Förderung des Dialogs zwischen Rroma und Nicht . Rroma

Name des Trägers	Anschrift	Kontakt / Website	Tätigkeitsfelder
Nachbarschaftsheim Neukölln e.V.	Schierkerstraße 53, 12051 Berlin	Telefon: 030 - 848 556 85 http://www.nbh-neukoelln.de	<ul style="list-style-type: none"> ~ wöchentliches Kiezcafe als Ort der Begegnung für alle ~ vielfältige Freizeitaktivitäten für Kinder, Familien, Erwachsene und ältere Menschen ~ verschiedenste Bildungs- und Beratungsangebote
AspE e.V. Ë Ambulante sozialpädagogische Erziehungshilfen e.V.	Brusendorfer Straße 20, 12055 Berlin	Telefon: 030 624 33 69 Fax: 030 74 76 84 74 E-Mail: info@aspe-berlin.de http://www.aspe-berlin.de	<ul style="list-style-type: none"> ~ Ambulante Erziehungshilfen ~ Soziale Gruppenarbeit ~ Schulsozialarbeit ~ Mentorenprogramm ~ AspE Familienforen ~ Offene Kinder- und Jugendarbeit
Diakoniewerk Simeon gGmbH, Jugendmigrationsdienst	Morusstraße 18a 12053 Berlin	Telefon: 030 68247721 Fax: 030 68247730 http://www.jmd-neukoelln.de	<ul style="list-style-type: none"> ~ Beratung und mobile Beratung ~ Orientierungshilfen im Schul- und Ausbildungssystem ~ Bewerbungstrainings und Berufswegeplanung ~ interkulturelle Angebote zur Förderung der Begegnung mit einheimischen Jugendlichen ~ Heranführen an Informationstechnologien (IT) ~ Ergänzungen des Spracherwerbs durch Sprach- und Kommunikationstrainings ~ Orientierungshilfen zu gesellschaftlichen und politischen Themen ~ Training sozialer Kompetenzen
Interkulturelles Beratungszentrum des Trägers Türkisch-Deutsches-Zentrum e.V.	Okerstraße 3 12043 Berlin	Tel.: 030 / 69 80 70 7 - 0 Fax: 030 / 69 80 70 7 - 29 E-mail: info@tdz-berlin.de Web: www.tdz-berlin.de	<ul style="list-style-type: none"> ~ Sozialberatung ~ Folgeprojekt der Task Force Okerstraße
Rroma Aether Klub Theater	Boddinstraße 5, 12053 Berlin	Telefon : 030 / 921 29 229 Mail: info@rromaakt.de http://www.rromaakt.de	<ul style="list-style-type: none"> ~ Theater ~ Café